

Nagoya – Hoffnungsschimmer für den weltweiten Schutz der Biodiversität

BUND zieht Bilanz der COP10 der Konvention über die biologische Vielfalt

Nachdem die Weltnaturschutzkonferenz mehrfach kurz vor dem Scheitern stand, einigten sich die 193 Vertragsstaaten der Konvention über die biologische Vielfalt in Nagoya/Japan am 30. Oktober 2010 auf das Verhandlungspaket – und erzielten damit einen Durchbruch für den weltweiten Schutz der biologischen Vielfalt. Das Paket besteht aus einem verbindlichen Vertrag gegen Biopiraterie („Nagoya-Protokoll“), einem neuen Strategischen Plan für den globalen Schutz der biologischen Vielfalt von 2011 bis 2020 und einem Plan zur Bereitstellung von Finanzen für die Länder des globalen Südens zum Schutz der biologischen Vielfalt.

Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) begleitete die Konferenz vor Ort mit seinem Vorsitzenden Hubert Weiger, dem Sprecher des Bundesarbeitskreises Naturschutz, Kai Frobel und Nicola Uhde, wissenschaftliche Mitarbeiterin für Naturschutz. Insgesamt zieht der BUND eine positive Bilanz, auch wenn teilweise ambitioniertere Biodiversitätsziele für 2020 wünschenswert gewesen wären und das Abkommen gegen Biopiraterie Lücken aufweist.

Die Länder des globalen Nordens haben sich im Verlauf der Verhandlungen – nicht zuletzt auch auf Druck von Nichtregierungsorganisationen wie dem BUND – auf die Länder des Südens zubewegt. Nur so konnten ein Scheitern des Biodiversitätsgipfels verhindert und zu guter Letzt doch noch umfassende Beschlüsse zum Schutz der Biodiversität gefasst werden. Hier sind die konstruktive Haltung und die positive Rolle der deutschen Delegation in den Verhandlungen besonders hervorzuheben. Im Folgenden bilanziert der BUND die wichtigsten Nagoya-Ergebnisse, an deren Umsetzung sich die Weltgemeinschaft in der kommenden Dekade messen lassen muss. Auch in Deutschland gibt es noch Nachholbedarf beim Schutz der Biodiversität. Der BUND zeigt auf, wo.

1. Neuer Strategischer Plan 2011–2020 für den Erhalt der biologischen Vielfalt

Die Konferenzteilnehmer haben sich in Nagoya auf ein neues ambitioniertes globales Ziel für den Schutz der biologischen Vielfalt geeinigt: Die Vertragsstaaten sollen umgehend wirksame Maßnahmen ergreifen, um den Verlust der biologischen Vielfalt zu stoppen, so dass die Ökosysteme bis 2020 widerstandsfähig sind und weiterhin wesentliche Ökosystemdienstleistungen erbringen. Zur Erreichung dieses Ziels formuliert der neue Strategische Plan (SP) erstmals konkrete und messbare Unterziele, insgesamt 20 an der Zahl und eingeteilt in fünf strategische Ziele. Ein Plan zur Mobilisierung der erforderlichen finanziellen Mittel soll seine Umsetzung ermöglichen. Mit diesen Beschlüssen hat die Weltgemeinschaft die Richtung der internationalen Politik zum Schutz der biologischen Vielfalt für die nächsten zehn Jahre vorgegeben. Der BUND wertet die Einigung auf den neuen Strategischen Plan als großen Erfolg für den Schutz der biologischen Vielfalt und für die Weltgemeinschaft.

Als besonders wichtigen Fortschritt wertet der BUND den Beschluss, bis spätestens 2020 weltweit alle umweltschädlichen Subventionen zu beseitigen. Damit soll der Naturzerstörung mit Hilfe von Steuergeldern endlich ein Ende gesetzt werden (SP Unterziel 3). Auch die längst überfällige Integration des Biodiversitätsschutzes in alle Politik- und Wirtschaftsfelder wurde vereinbart (SP Unterziel 2), ebenso wie Maßnahmen zur Senkung des globalen ökologischen Fußabdruckes (SP Unterziel 4).

Einzelne Unterziele hätten dagegen durchaus ambitionierter ausfallen können. Doch schwierige Auseinandersetzungen, die stark mit dem unklaren Umfang der finanziellen Unterstützung der Länder des Südens durch den Norden zusammenhängen, haben zu einigen Abschwächungen im Strategischen Plan geführt. So soll der Verlust an natürlichen Lebensräumen bis 2020 lediglich halbiert werden, anstatt ihn ganz aufzuhalten (SP Unterziel 5). Das ist nicht genug, findet der BUND, denn auch dann würden 2020 noch immer 6 Millionen Hektar Wald pro Jahr zerstört.

Der BUND begrüßt die Absicht, die Überfischung der Meere bis 2020 zu stoppen (SP Unterziel 6), ebenso wie das Ziel, alle Forst-, Agrar- und Aquakulturflächen nachhaltig zu bewirtschaften, so dass die biologische Vielfalt erhalten bleibt (SP Unterziel 7). Positiv sieht der BUND auch den Vorsatz, die Überdüngung bis 2020 zu beenden (SP Unterziel 8). Bereits bis 2015 sollen die vom Menschen verursachten Schäden an Korallenriffen und anderen empfindlichen Ökosystemen beseitigt sein (SP Unterziel 10).

Die Vertragsstaaten einigten sich darauf, bis 2020 insgesamt 17 % der terrestrischen Gebiete und 10 % der Meere und Küsten von großer ökologischer Bedeutung durch ein System von effektiv gemanagten, ökologisch repräsentativen und miteinander verbundenen Schutzgebieten und andere effektive Naturschutzmaßnahmen zu erhalten (SP Ziel 11). Derzeit stehen weltweit lediglich etwa 13 % der Landfläche und 5 % der Küsten unter Schutz, die Meere sind mit etwa 1 % kaum geschützt. Der BUND hatte sich gemeinsam mit anderen Verbänden dafür eingesetzt von all diesen Gebieten mindestens 20 % unter Schutz zu stellen. Doch weitergehende ambitionierte Ziele scheiterten hier am Widerstand Chinas.

Ökosysteme, die wesentliche Ökosystemdienstleistungen erbringen, einschließlich solcher, die mit Wasser in Verbindung stehen, wie zum Beispiel Wälder oder Moore, sollen bis 2020 wieder hergestellt und dauerhaft geschützt werden (SP Unterziel 14). Die Widerstandsfähigkeit der Ökosysteme und der Beitrag der Biodiversität zur Kohlenstoffspeicherung sollen bis 2020 durch Schutz und Wiederherstellung verbessert werden (SP Ziel 15).

Spätestens 2015 soll jeder Vertragsstaat mit der Umsetzung einer effektiven, partizipativen und aktualisierten nationalen Biodiversitätsstrategie sowie eines Aktionsplans begonnen haben (SP Ziel 17).

1.1 Umsetzung des neuen Strategischen Plans in Deutschland

Der Deutsche Bundestag hat in einem fraktionsübergreifenden Antrag bereits vor der COP10 auf die Defizite der deutschen Biodiversitätspolitik hingewiesen und Forderungen zur Umsetzung der Nationalen Biodiversitätsstrategie (NBS) formuliert. Nun ist die Bundesregierung gefordert, diese umzusetzen, denn der Strategische Plan und seine nationale Umsetzung verlangen auch hierzulande Nachbesserungen im Biodiversitätsschutz und damit die Abarbeitung bestimmter Aufgaben.

So steht die Integration der Biodiversitätspolitik in andere Politikbereiche nach Einschätzung des BUND in Deutschland noch am Anfang. Programme und Gesetzesvorhaben im Bereich der Infrastrukturplanung, der Landnutzung, wie beispielsweise der Entwurf des Waldprogramms 2020, die Position zur Reform der Agrarpolitik oder die anstehende Steuerreform (Grundsteuer) berücksichtigen den Biodiversitätsschutz noch nicht oder noch nicht ausreichend. Die Umsetzung dieses Ziels des Strategischen Plans bedeutet eine integrierte Prüfung der Auswirkungen aller Vorhaben auf die Biodiversität. Der BUND fordert das Kanzleramt auf, diese Aufgabe künftig zu übernehmen (zu SP Unterziel 2).

Der BUND fordert, alle Subventionen jetzt auf den Prüfstand zu stellen, insbesondere die Subventionen im Agrar-, Verkehrs- und Energiebereich. Die über 48 Milliarden Euro an Subventionen, die der Bund jährlich vergibt, belasten nahezu alle Umweltgüter: Wasser, Boden und Luft bis hin zum Flächenverbrauch. Diese umweltschädlichen Subventionen sind Treiber des Biodiversitätsverlustes und gehören abgeschafft. Dadurch entstehen auch entsprechend neue Spielräume zur Finanzierung von Maßnahmen zum Klima- und Biodiversitätsschutz (zu SP Unterziel 3).

Der „ökologische Fußabdruck“ der Deutschen ist viel zu groß. Um die Bedürfnisse der Deutschen zu decken, wird derzeit eine Fläche in Anspruch genommen, die mehr als doppelt so groß ist wie die Fläche Deutschlands. Damit tragen die Deutschen mit ihrem Konsumverhalten und ihren Wirtschaftsverknüpfungen maßgeblich zur Reduzierung der biologischen Vielfalt in anderen Ländern und Kontinenten bei. Der BUND fordert deshalb die Bundesregierung auf, sich auf EU-Ebene dafür einzusetzen, dass bei Naturprodukten wie Holz, Torf oder Fisch nur Waren importiert werden, die nach hochwertigen ökologischen und sozialen Standards zertifiziert sind und fair gehandelt werden. Solange es diese nicht gibt, muss der Import gestoppt werden (Moratorium etwa für Biomasse oder Torf) (zu SP Unterziel 4).

Um die Überfischung der Meere zu stoppen, muss auch Deutschland seinen Beitrag leisten. Die derzeit vom Agrarausschuss gefassten Beschlüsse über Fangmengen in der Nord- und Ostsee, die sich nicht an der ökologischen Tragfähigkeit orientieren, widersprechen dem gesetzten Ziel. Laut einer Entwurfsfassung des Indikatorenberichts zur NBS befindet sich lediglich der Sprottenbestand der Ostsee in einem guten Zustand und wird nachhaltig befischt. Damit wäre die Bundesregierung von ihrem Ziel einer nachhaltigen Meeresfischerei bis 2015 noch weit entfernt. Im publizierten Indikatorenbericht wurde der Indikator „Nachhaltige Meeresfischerei“ komplett gestrichen. Der BUND fordert die Bundesregierung auf, sich in der Europäischen Union für die drastische Reduzierung der Fangmengen einzusetzen anstatt der Fischerei-Lobby nachzugeben und den Indikator „Nachhaltige Meeresfischerei“ umgehend zu veröffentlichen (zu SP Unterziel 6).

Den Lackmустest für die Ernsthaftigkeit der deutschen Zusagen zur Umsetzung des Strategischen Plans im Bereich des Ziels der nachhaltigen Bewirtschaftung aller Agrarflächen stellt die Verhandlungsposition Deutschlands bei der EU-Agrarreform 2013 (Gemeinsame Agrarpolitik, GAP) dar. Hier kann es nach Meinung des BUND kein „Weiter so“ geben. Transferleistungen im Agrarbereich sind nur dann gerechtfertigt, wenn sie an ökologische Leistungen der Landwirtschaft gekoppelt sind und auch dem Schutz der biologischen Vielfalt dienen (zu SP Unterziel 7).

Zur Realisierung des Vorsatzes, die Überdüngung bis 2020 zu stoppen, muss nach Ansicht des BUND in Deutschland noch viel passieren. Der Indikatorbericht zur Nationalen Biodiversitätsstrategie zeigt, dass der Stickstoffüberschuss aus der Landwirtschaft mit 105 kg/ha und Jahr noch deutlich über dem selbstgesetzten Zielwert von 80 kg/ha und Jahr für 2010 liegt. Hier müssen schnellstens weitere Minderungspotenziale erschlossen werden (zu SP Unterziel 8).

Auch wenn in Deutschland formal mehr als 30 % der Landfläche unter die verschiedenen Schutzkategorien des Bundesnaturschutzgesetzes fallen, bedeutet das nicht automatisch, dass damit das neue 17-%-Ziel für terrestrische Schutzgebiete des Strategischen Plans erfüllt ist. So bietet die Ausweisung von Landschaftsschutzgebieten der Biodiversität noch keinen ausreichenden Schutz. Daher fordert der BUND, zur Umsetzung dieses Ziels die NATURA-2000-Gebiete ausreichend zu sichern und weitere strenge Schutzgebiete wie Nationalparks und Naturschutzgebiete zu schaffen. Die Forderung nach einem neuen Nationalparkprogramm und der Schaffung von Wildnisgebieten bleibt damit hochaktuell. Der Indikatorbericht zur NBS zeigt auf, dass bislang nur 4,1 % der bundesdeutschen Fläche unter strengem Schutz stehen (zu SP Unterziel 11).

Insgesamt sind 31,5 % (rund 1 Million Hektar) der deutschen Ausschließlichen Wirtschaftszone (AWZ) als NATURA-2000-Meeresschutzgebiete ausgewiesen. Auch wenn Deutschland damit in der EU Spitzenreiter ist und das Ziel von 10 % im Strategischen Plan in Hinblick auf die Größe der Fläche erfüllt hat, gibt es noch keinen Grund zur Zufriedenheit. Denn solange es keine Nutzungseinschränkungen für die Fischerei,

den Bodenabbau und andere Nutzungen gibt, sind dies lediglich Schutzgebiete auf dem Papier. Der BUND fordert, endlich die Aufstellung von Managementplänen mit entsprechenden Nutzungsaufgaben zügig anzugehen (zu SP Unterziel 11).

In der NBS sind auch Ziele zum Schutz der Moore verankert. Der BUND fordert, zu ihrer Umsetzung ein nationales Moorschutzprogramm in Höhe von jährlich 50 Millionen Euro im Rahmen des angekündigten Programms »Biologische Vielfalt« aufzulegen. Damit soll die Renaturierung von zusätzlichen 100.000 Hektar Moorflächen bis zum Ende der Legislaturperiode gemeinsam mit Bundesländern und anderen Akteuren realisiert werden. Dazu gehören die Wiedervernässung, die Schaffung von Pufferzonen um Moorflächen sowie die Rückumwandlung in extensiv genutzte Feuchtgrünlandbereiche. Ebenso ist die Bundesregierung gefordert, das vom Bundesamt für Naturschutz vorgelegte Nationale Auenschutzprogramm zügig in Angriff zu nehmen (zu SP Unterzielen 14 und 15).

Zur Stärkung der Widerstandsfähigkeit der Ökosysteme und zur Erhöhung des Beitrags der Biodiversität zur Kohlenstoffspeicherung in Deutschland fordert der BUND, umgehend mindestens 5 % der Waldfläche Deutschlands als "Urwälder von morgen" dauerhaft der natürlichen Entwicklung zu überlassen. Dies ist in der Nationalen Biodiversitätsstrategie beschlossen, aber bis heute noch nicht umgesetzt (zu SP Ziel 15).

2. Mobilisierung von Finanzmitteln für den Schutz der Biodiversität

Die Bereitschaft Japans, in den nächsten drei Jahren zwei Milliarden Dollar für den Erhalt der biologischen Vielfalt bereit zu stellen ist vorbildhaft und hat zum Erfolg der Verhandlungen beigetragen. Auch die von Deutschland 2008 zugesagten 500 Millionen Euro bis 2012 und 500 Millionen jährlich ab 2013 sind ein erster positiver Schritt. Diesen Beispielen müssen die anderen Industrienationen nun folgen.

Bis zur nächsten Vertragsstaatenkonferenz 2012 in Indien sollen nun mithilfe eines konkreten Fahrplans der Bedarf und die bereits vorhandenen Ressourcen zum Schutz der biologischen Vielfalt ermittelt werden. Auf dieser Grundlage soll dann in zwei Jahren über die erforderlichen Finanzmittel entschieden werden. Somit blieb die Frage offen, wie viel Geld benötigt wird, um die in Nagoya vereinbarten Ziele bis 2020 umzusetzen. Forderungen in Höhe von mindestens 30 Milliarden bis zu 300 Milliarden Euro pro Jahr waren zu hören.

Ein konkreter Verfahrensvorschlag bei den Finanzen mit entsprechenden Instrumenten, die bis zur nächsten COP die tatsächlich geleisteten Zahlungen für den Erhalt der biologischen Vielfalt und vor allem den Bedarf an zusätzlicher Unterstützung darlegen sollen, ist ein Novum seit Verabschiedung der Konvention über die Biologische Vielfalt. Vor allem wurden auch 15 Indikatoren beschlossen, die Auskunft darüber geben, ob die Strategie zur Mobilisierung neuer Finanzmittel tatsächlich greift. Dazu gehört auch der Anteil umweltschädlicher Subventionen, der umgewidmet und dann für den Erhalt der Biodiversität verwendet werden kann.

Die Konferenz war in Bezug auf marktbasierende und Pro-Business-Ansätze zum Biodiversitätsschutz von großer Uneinigkeit zwischen den Ländern des globalen Südens und den Industrienationen geprägt. Während die Länder des Nordens einen marktbasierenden Ansatz als „innovatives Instrument“ für die Finanzierung von Biodiversitätsschutz favorisierten, sprachen sich die Länder des Südens aufgrund der damit verbundenen Risiken für Umwelt und Gesellschaft strikt dagegen aus. Aufgrund ihres Widerstandes wurden „neue innovative Finanzmechanismen“ wie der „Green Development Mechanism“ aus den letztendlichen Beschlüssen der COP10 herausgenommen und damit gestrichen. Der BUND wertet dies als großen Erfolg, denn marktbasierende Ansätze sind kein Ersatz für eine gute Gesetzgebung und eine gesicherte direkte finanzielle Unterfütterung, die sich am Gemeinwohl orientieren muss, wenn um den Erhalt unserer Lebensgrundlagen geht.

3. Nagoya-Protokoll zum gerechten Vorteilsausgleich bei der Nutzung genetischer Ressourcen

Die von den Teilnehmerstaaten verabschiedete Regelung zum gerechten Vorteilsausgleich bei der Nutzung genetischer Ressourcen war überfällig, um der Biopiraterie endlich ein Ende zu setzen. Zukünftig müssen Länder mit großer biologischer Vielfalt und ihre Bevölkerung an den Gewinnen der Pharma-, Chemie- und Medizinfirmen aus der Nutzung natürlicher Ressourcen beteiligt werden, wenn neue Produkte auf den Markt kommen.

Dieses Abkommen – das sogenannte Nagoya-Protokoll – konnte in letzter Sekunde noch gerettet werden. Noch am Morgen zuvor deutete – wegen der Differenzen in wesentlichen Punkten – alles auf ein Scheitern hin. Über Nacht erarbeitete Japan als Gastgeberland der Konferenz einen Entwurf, der in der Schlussrunde akzeptiert wurde.

Nach 20 Jahren ist es endlich gelungen, auch das dritte Ziel der Konvention über die biologische Vielfalt zu konkretisieren. Mit dem Nagoya-Protokoll verfügt die internationale Staatengemeinschaft nun über ein Instrument zur Verhinderung von Biopiraterie, das sowohl den Herkunftsländern der genetischen Ressourcen (meist im globalen Süden) als auch den Nutzerländern (meist Industrienationen) einen verlässlichen Rahmen bei der Nutzung genetischer Ressourcen geben soll. Für solche Fälle, die nicht eindeutig im Rahmen des neuen Instrumentes geklärt werden können, wurde die mögliche Einrichtung eines multilateralen Fonds verankert.

Das Protokoll ist jedoch ein Kompromiss, denn es kann die nötige Rechtssicherheit nur teilweise gewährleisten. Es wird darin nur vage definiert, wie und durch wen die Einhaltung der Vereinbarungen in den Nutzerländern überprüft werden soll. Deswegen besteht die Gefahr, dass es auch in Zukunft noch etliche Regelverletzungen der Biodiversitätskonvention geben wird. Dennoch ist das Resultat zu begrüßen: Die Pflicht der Nutzerländer, die Biopiraterie zu bekämpfen, wurde klar festgeschrieben und die Rechte der indigenen Gemeinschaften wurden gestärkt. Damit ist das Nagoya-Protokoll eine akzeptable Grundlage. In vier Jahren soll geprüft werden, ob das Protokoll tatsächlich als wirksames und faires Instrument im Kampf gegen Biopiraterie geeignet ist. Falls notwendig, soll dann nachgesteuert werden. Somit wird sich der tatsächliche Wert des Abkommens erst in der Anwendung zeigen.

Nun kommt es darauf an, dass das Nagoya-Protokoll nicht nur von den Ländern des globalen Südens ratifiziert wird, sondern auch von den Industrienationen. Anschließend muss sichergestellt werden, dass das Protokoll in der nationalen Umsetzung zu einem wirksamen Instrument gegen Biopiraterie wird, besonders in den Industrieländern. Der BUND fordert die Bundesregierung auf, das Nagoya-Protokoll zügig zu ratifizieren und seine umfassende und effektive Umsetzung in Deutschland sicherzustellen.

4. Auswahl weiterer wichtiger Beschlüsse der COP10 in Nagoya

Die Vertragsstaaten stellten bei der COP10 die Bedeutung von Schutzgebieten für die Erhaltung der weltweiten Biodiversität besonders heraus. Dafür muss eine ausreichende Finanzierung sichergestellt werden. Hierbei kann besonders die globale Initiative LifeWeb eine wichtige Rolle spielen, die mit maßgeblicher Unterstützung Deutschlands auf der Vertragsstaatenkonferenz in Bonn 2008 geschaffen worden war.

Auch auf weitere Schritte zum Ausbau eines globalen Netzes von Meeresschutzgebieten wurde sich in Nagoya geeinigt. Vorschläge für ökologisch und biologisch bedeutsame Meeresgebiete, sowohl innerhalb als auch außerhalb nationaler Hoheitsgebiete, sollen auf regionaler Basis erarbeitet und nach Annahme durch die nächste Vertragsstaatenkonferenz der Generalversammlung der Vereinten Nationen übermittelt werden.

In Nagoya wurde das Sekretariat der CBD beauftragt, einen Vorschlag auszuarbeiten, wie die drei großen UN-Umweltkonventionen (Biodiversitätskonvention, Klimarahmenkonvention, Wüstenkonvention) besser zusammenarbeiten können. Zahlungen für die Nutzungen von Ökosystemdienstleistungen können durch eine stärkere Verknüpfung zwischen Klimaschutz und Erhalt der biologischen Vielfalt beim Waldschutz in großem Umfang Realität werden. Für den sogenannten REDD-Mechanismus sollen Leitlinien entwickelt werden, mit denen Entwaldung und zerstörerische Waldnutzung gestoppt werden können.

Umweltminister Nobert Röttgen hatte in Nagoya bekannt gegeben, dass das Bundesumweltministerium für den Schutz der tropischen Regenwälder, die eine besondere Bedeutung für den Klimaschutz haben, zusätzlich 10 Millionen Euro zur Verfügung stellt. Das Geld soll in einen Fonds der Weltbank fließen.

Als großen Erfolg der Verhandlungen bewertet der BUND ein Moratorium zum Geoengineering. Damit wurde riskanten Großprojekten und technischen Lösungen, die den Klimawandel aufhalten sollen, eine klare Absage erteilt, einschließlich der Anlage von riesigen Plantagen zur vermeintlichen Kohlenstoffspeicherung. Der BUND begrüßt, dass die Weltgemeinschaft hier Vorsicht walten lassen will, da die möglichen Auswirkungen und Folgen dieser Technologien nicht abschätzbar sind und keine Alternative für die Reduktion des Ausstoßes von klimaschädlichen Gasen darstellen.

Die Beschlüsse zum Thema Agrokraftstoffe fielen aufgrund des von Brasilien erzwungenen Kompromisses eher schwach aus. Immerhin stellten die Vertragsstaaten im Text fest, dass Agrokraftstoffe ein großes Problem für die biologische Vielfalt darstellen können.

Um die Umsetzung der Konvention über die biologische Vielfalt und ihren neuen Strategischen Plan zu unterstützen, sprachen sich die Vertragsstaaten dafür aus, 2011-2020 zur UN-Dekade der Biodiversität zu erklären. Eine solche Dekade könnte helfen, den Schwung und die Aufmerksamkeit der im Internationalen Jahr der Biodiversität angestoßenen Prozesse zu halten.

Aktualisiert: 11. Dezember 2010

Weitere Informationen:

Die vorläufigen inoffiziellen Dokumente zu den Beschlüssen von Nagoya im Internet:

<http://www.cbd.int/nagoya/outcomes/>

<http://www.bund.net/nagoya>

Kontakt:

BUND für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V.

Bundesgeschäftsstelle

Naturschutzreferat

Am Köllnischen Park 1

10179 Berlin

www.bund.net

Nicola Uhde, wissenschaftliche Mitarbeiterin Naturschutz

Tel. 030-275 86-498, Nicola.Uhde@bund.net

Dr. Heidrun Heidecke, Leitung Naturschutz

Fon: 030-275 86-495, Heidrun.Heidecke@bund.net